DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

Antragsheft 1

---

1. Tagung des 7. Landesparteitages

am Samstag, 2. März 2019 und
Sonntag, 3. März 2019
in Hannover
Leonore-Goldschmidt-Schule (IGS Mühlenberg)
Mühlenberger Markt 1, 30457 Hannover

Inhalt

Tagesordnungsvorschlag	Seite 2
Leitantrag	Seite 4
Organisatorische Hinweise	Seite 13
Vorschlag für eine Geschäftsordnung	Seite 19

Tagesordnungsvorschlag

1. Tagung des 7. Landesparteitag
am 2.März 2019 und 3. März 2019 in Hannover

1.Tag: Samstag, 2. März 2019

Ab 10.30	Registrierung der Delegierten
11.00 – 11.15	**TOP 1 Begrüßung durch die Landesvorsitzenden Anja Stoeck und Lars Leopold**
11.15 – 11.30	**TOP 2 Formalia** • Genehmigung der Tagesordnung • Beschluss über die Geschäftsordnung des Landesparteitages • Festlegung der Protokollführung • Wahl des Tagungspräsidiums • Wahl der Mandatsprüfungskommission • Wahl der Antragskommission • Wahl der Wahl- und Zählkommission
11.30 – 11.40	**TOP 3 Begrüßung durch ein*e Vertreter*in der Landeshauptstadt Hannover (N.N.)**
11.40 – 12.10	**TOP 4 Inputreferat zur Lage der Partei im Vorfeld der Europawahl: Katja Kipping, Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE**
12.10 – 12.30	**Diskussion**
12.30 - 13.15	**TOP 5 Rechenschaftsbericht des bisherigen Landesvorstandes und Diskussion**
13.15 – 13.45	**Mittagspause**
13.45 – 14.45	**Frauenplenum**
14.45 – 15.00	**Bericht vom Frauenplenum**
14.45 – 16.00	**TOP 6 Vorstellung, Diskussion und Abstimmung über den Leitantrag des Landesvorstandes**
16.00 – 16.10	**TOP 7 Rechenschaftsbericht der Landesfinanzrevisionskommission Entlastung des Landesvorstandes**
16.10 – 16.30	**Verabschiedung der bisherigen Landesvorstandsmitglieder**

16.30 – 17.00	**Kaffeepause**
17.00 – 18.00	**TOP 8a Wahl der beiden Vorsitzenden und der 2 stellvertretenden Vorsitzenden**
18.00 – 18.30	**TOP 8b Bericht der Auswahlkommission und Wahl der hauptamtlichen Geschäftsführung**
18.45 – 19.00	**TOP 8c Wahl der Landesschatzmeister*in / der stellvertretenden Landesschatzmeister*in**
19.00 -19.15	**Top 8d Wahl der jugendpolitischen Sprecher*in und ggf. weiterer Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes**
19.15 – 19.45	**Abendessen**
19.45 – 19.50	**Festlegung der Größe des Landesvorstandes**
19.50 -21.45	**TOP 8e Wahl von weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)**

Endes des 1. Tages: ca. gegen 21.45 Uhr

---

2. Tag: Sonntag, 3. März 2019

09.30 – 11.30	**Top 8f Wahl von weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes (gemischte Liste)**
11.30 – 12.30	**TOP 9 Rechenschaftsbericht der Landesschiedskommission Wahl der Landesschiedskommission**
12.30 – 13.00	**TOP 10 Wahl der Landesfinanzrevisionskommission**
13.00 – 13.45	**Mittagspause**
13.45 – 15 .00	**Anträge und Resolutionen**
15.00 – 15.30	**Schlussworte der neugewählten Vorsitzenden**
Gegen 15.45	**Internationale / Ende des Landesparteitages**

Leitantrag

Für ein soziales, friedliches und ökologisches Niedersachsen – DIE LINKE stärken!

Antragsteller: Landesvorstand

Die LINKE steht als sozialistische Partei für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der Profitinteressen über die Lebensperspektive der Menschen entscheiden, in der Ausbeutung, Kriege und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden. Seit der Gründung der Partei DIE LINKE steht der Protest gegen eine Politik des Sozial- und Demokratieabbaus im Mittelpunkt unserer politischen Tätigkeit. Auch in Niedersachsen streiten wir für einen sozial-ökologischen Politikwechsel. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen, die hier leben, das gleiche Recht auf Teilhabe am sozialen Fortschritt, wie Wissenschaft, Kultur, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Demokratie, Frieden und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur haben. Unsere Politik setzt sich für diese Ziele im Hier und Jetzt ein, für wirkliche Verbesserungen für alle Menschen.

Unter jeder bisherigen Regierungskonstellation der anderen Parteien wuchs die Schere zwischen Arm und Reich. Wir müssen deutlich machen, dass wir uns als einzige Partei trauen, uns mit den Großkonzernen und Großverdiener*innen anzulegen. Die von uns nicht nur im Wahlkampf formulierte Kritik bleibt deshalb aktuell – auch wenn wir mit 177.118 Zweitstimmen und 4,6 % den Einzug in den Landtag denkbar knapp verpasst haben. Dem neoliberalen Parteienkartell mit ihrem „Weiter so!“ stellen wir uns entschlossen entgegen. Wir werden weiterhin in die politischen Debatten intervenieren, um den täglichen Skandal des Status Quo öffentlich zu machen und zu politisieren. Wir sind diejenigen, die eine menschenwürdige Zukunft für alle einlösen können und müssen.

Wir werden jede Gelegenheit nutzen und darauf aufmerksam machen, dass in Niedersachsen nach offiziellen Zahlen des Landesamts für Statistik 16 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet sind - wir kämpfen für jeden einzelnen dieser 1.245.000 Menschen und dabei spielt es für uns selbstverständlich keine Rolle, welchen Pass oder welche Hautfarbe die Menschen haben. Gleichzeitig stiegen die Immobilienpreise in Niedersachsen um 54%, die Mieten klettern in die Höhe, der Bestand der Sozialwohnungen schrumpft, die Löhne aber stagnieren. Statt die Untätigkeit der SPD- Grünen Regierung zu korrigieren, kümmern sich SPD und CDU ebenfalls nicht darum, den öffentlichen Wohnungsbau systematisch auszubauen. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung, sei es durch

Rüstungsforschung, Bundeswehr an Schulen, logistische Unterstützung von Waffenexporten oder der Bereitstellung von Truppenstandorten. Wir widersprechen deutlich, wenn die Koalition aus SPD und CDU die vermurkste Umweltpolitik von SPD und Grünen fortsetzt, und dafür sorgt, dass die niedersächsischen Atomlager weiterhin in Betrieb bleiben, Fracking eine neue Renaissance erlebt und im Dieselskandal die Autoindustrie geschont wird. Wir finden es skandalös, wenn die Daseinsvorsorge jenseits der Ballungszentren auf Sparflamme betrieben wird – eine gute Gesundheitsversorgung, funktionierender öffentlicher, möglichst entgeltfreier Nahverkehr und schnelles Internet sind für uns unverhandelbar. Hier haben SPD und Grüne versagt. Hier versagen CDU und SPD. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass die kriminellen Machenschaften der VW-Manager auf eine milde Beurteilung durch die Landesvertreter im Aufsichtsrat hoffen dürfen, während die Leiharbeit im Betrieb hingenommen und die Kommunen bei ihren Bemühungen um saubere Luft im Stich gelassen werden. Gesellschaftliche Verantwortung sieht anders aus. Erst recht finden wir uns nicht damit ab, wenn in Niedersachsen Menschen aus unserer Mitte abgeschoben werden, weil die Gründe ihrer Flucht als illegitim angesehen werden. Und wir finden uns nicht damit ab, dass es in Niedersachsen seit Jahren viel zu wenige Krippenplätze gibt und wir anderen Bundesländern hier immer noch deutlich hinterherhinken. Wir begrüßen die kürzlich eingeführte beitragsfreie Kita, finden uns jedoch nicht damit ab, dass diese Kosten zum Teil den ohnehin chronisch unterfinanzierten Kommunen aufgebürdet werden. Auch mit den Privatisierungen im Pflege- und Gesundheitsbereich und deren schweren Folgen für die Beschäftigten und den Patient`*innen finden wir uns nicht ab. Den Krankenhäusern fehlen nach wie vor ausreichende Investitionsmittel, für die das Land zuständig ist.

Die Politik der Großen Koalition bedient die Interessen der Wenigen und nicht der Vielen

Der Lehrer*innen Mangel in Niedersachsen wird weiter nur verwaltet, statt ihn durch Qualifizierungsprogramme offensiv zu bekämpfen. Die versprochene Arbeitszeitverkürzung für Lehrkräfte steht nach wie vor aus. Das dreigliedrige Schulsystem bleibt im Interesse des „Schulfriedens“ erhalten, der in Wirklichkeit ein Frieden mit der CDU und dem reaktionären Philologenverband ist, die die Chancengleichheit im bestehenden Schulsystem zementieren wollen. Gesundheitsversorgung und Pflege bleiben weiter in privater Hand, damit Konzerne auf dem Rücken des Personals und letztlich der Patient*innen horrende Profite einfahren können. Glyphosat oder Überdüngung der Böden – kein Thema für die Landesregierung. Dem Verkehrschaos auf den Straßen wird mit dem Ausbau des Autobahnnetzes begegnet, statt den Lastverkehr auf die Schiene zu verbannen und den ÖPNV auszubauen.

Im Landtag fehlt weiterhin eine echte soziale Opposition, eine Stimme für die Mehrheit der Menschen bei uns im Lande. Tatsächlich ist die Liste der Missstände zu lang, um sie hier erschöpfend aufzuführen. Anstatt die Probleme klein zu reden, braucht es endlich eine andere Politik für die

Menschen in unserem Land. Wir wollen mehr für die Mehrheit. Und für uns ist klar: Gegen die Politik der großen Koalition unter Stephan Weil braucht es eine radikale Opposition im Land, die sich mit der Kraft von vielen Initiativen, Protesten, Demos und Arbeitskämpfen mit der etablierten Politik des neoliberalen „Weiter so“ anlegt. Ob bei den Protesten gegen das neue Polizeiaufgabengesetz, der Kampagne „Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier“, den Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverkürzung der IG-Metall oder dem Kampf von ver.di gegen eine Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage, der #unteilbar-Demo in Berlin, den Protesten der Enercon-Mitarbeite*innen den Protesten gegen das NATO-2%-Ziel, der Blockade von Naziaufmärschen wie etwa in Salzgitter, dem #wirsindmehr-Konzert in Chemnitz oder dem kriminalisierten Newroz-Fest der Kurdinnen und Kurden: DIE LINKE Niedersachsen mischt mit und steht verlässlich an der Seite derer, die für eine andere und bessere Welt kämpfen. Als demokratisch sozialistische Partei kritisieren wir die bestehenden Eigentumsverhältnisse und kämpfen gegen jede Privatisierung, für eine demokratische Verfügung über die Produktionsmittel und eine gesicherte Daseinsvorsorge.

Parteiaufbau: eine starke LINKE wächst von unten

DIE LINKE Niedersachsen wächst. In den engagierten Wählkämpfen zu den Bundestags- und Landtagswahlen konnten wir im Landesverband rund 500 neue Mitglieder gewinnen, darunter ein Großteil unter 30 Jahren. Diese Mitglieder sind aufgerufen sich hör-, sicht- und gerne auch streitbar in die Partei einzubringen und unsere Strukturen aufzumischen. Denn der Landesverband braucht die Kritik, die Energie und die Hoffnung von jedem einzelnen Mitglied. Unverzichtbar ist dabei die Erwartung an alle, für ein solidarisches Miteinander – auch und gerade, wenn inhaltlich scharf um bestimmte Positionen gerungen wird. Denn die Kunst sozialistischer Politik ist es, Prekarisierten, den Lohnarbeitenden, den älteren Menschen, den Ausgegrenzten (und dafür notwendigerweise unter uns!), ein Bewusstsein der gemeinsamen Klassenlage und damit gemeinsamer Klasseninteressen zu schaffen, sodass es gelingt, die Ideologie der Herrschenden und die Macht des Kapitals in Frage zu stellen. Es ist keine Kunst permanent nach dem vermeintlich Trennenden zu suchen. DIE LINKE als etablierte sozialistische Partei ist eine Errungenschaft, deren Einheit keinesfalls und von niemandem aufs Spiel gesetzt werden sollte. Unsere Vielfalt und Solidarität sind dabei eine Stärke. Es liegt an uns, der Hoffnung von vielen Menschen gerecht zu werden. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir unsere Parteistrukturen stärken und weiterentwickeln.

Nur, wenn wir unsere Vielfalt als Stärke begreifen, unser politisches Engagement gegenseitig wertschätzen, gemeinsam aus unseren Fehlern und Erfolgen lernen und das Erreichte nicht klein reden, dann werden wir auch unsere Schlagkraft als Landesverband erhöhen können.

Mitgliederarbeit

Ein künftiger Landesvorstand muss in der Breite und nicht nur durch den geschäftsführenden Vorstand mehr Führungsverantwortung für die Partei übernehmen - das heißt unter anderem auch Orientierung in den politischen Alltagsfragen kollektiv zu entwickeln. Er muss auch deutlich jünger werden. Dazu müssen verständliche Leitlinien, beispielsweise zum Umgang mit einzelnen Entscheidungen der Landesregierung oder den Umgang mit neuen Bewegungen und neuen sozialen Phänomenen oder auch mit der AFD entwickelt werden. Diese Orientierung soll Mitglieder stärken, vor Ort Auseinandersetzungen zu führen.

Es muss uns gelingen, die vielen neuen Mitglieder zu integrieren, die Lust auf Aktionen und linke Politik haben. Ebenso wichtig ist die Erfahrung unserer langjährigen Mitglieder. Viele von ihnen haben sich aus der Parteiarbeit zurückgezogen, sie gilt es zu reaktivieren. Sie alle gilt es wertzuschätzen und gemeinsam in die Parteiarbeit einzubinden. Insbesondere soll die bereits begonnene Weiterentwicklung der Mitgliederkommunikation fortgeführt werden. Es gilt immer, der unterschiedlichen Lebenssituation von Menschen Rechnung zu tragen. Die zeitlichen Ressourcen und Kraftreserven jeder Person sind anders und das muss respektiert werden. Doch mehr als jede andere Partei sind wir auf unsere Mitglieder angewiesen, denn wir sind nicht käuflich, uns trägt unsere Basis und keine Spendenquittung.

Regionalisierung, Stärkung kommunalpolitischer Akteure*innen und Bündnisarbeit

Während die Mitgliederzahl in den Städten wächst, sind die Voraussetzungen für politische Arbeit im ländlichen Raum mitunter deutlich schwieriger. Wir müssen unsere Strukturen stärken, gerade in den Flächenkreisen. Die Landespartei hat sich auf den Weg gemacht, ihre politische Arbeit entlang von 7 Regionen zu bündeln. Mit dieser Regionalisierung soll die inhaltliche und organisatorische Verankerung der Partei gestärkt werden. Besondere Bedeutung kommt dabei unseren Vertreter*innen in kommunalen Parlamenten zu. Sie vertreten die Partei mit ihren Namen und Gesichtern, sie sind es, die von den Menschen gesehen und angesprochen werden. Kommunalpolitische Mandate sind mit großem zeitlichem Aufwand verbunden, Unterstützung durch Informationen aus der Landespolitik oder Ideen für Anträge sind daher essenziell, um die eigenen Ressourcen besser einsetzen zu können. Hier müssen gemeinsam Instrumente entwickelt werden, die unsere Kommunalpolitiker*innen entlasten. Doch nicht nur in den Parlamenten, auch und vor allem außerhalb dieser Strukturen hat sich die LINKE zur verlässlichen Partnerin zahlreicher Initiativen entwickelt. Das Engagement unserer Mitglieder ist eines unserer wichtigsten Alleinstellungsmerkmale und muss unbedingt gefördert und wertgeschätzt werden. Mit jeder Teilnahme an einer Demonstration, dem Sammeln von Unterschriften, dem Organisieren von Veranstaltungen zeigen wir – wir stehen an eurer Seite.

Kampagnenarbeit

Pflegenotstand

In den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab – immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patient*innen in immer kürzerer Zeit versorgen. Personalmangel, Überarbeitung und schlechte Infrastruktur gefährden die Gesundheit der Pflegekräfte, Patient*innen und Pflegebedürftigen. Gute Pflege muss ein verbindliches Recht werden. Größere Wertschätzung des Pflegeberufes, bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Bezahlung sind dringend notwendig. Wir wollen ein Verständnis von Qualität, das sich nicht an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientiert. Pflege muss entlastet werden - pflegefremde Tätigkeiten dürfen nicht weiter von Pflegefachkräften übernommen werden. Privatisierungen wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen.

Im Rahmen der Kampagne: „Stärkung des ländlichen Raums am Beispiel der Pflege“ wurde u.a. auf Initiative von Pia Zimmermann durch mehrere Orte Niedersachsens getourt, um auf die Missstände im gesamten Pflegebereich aufmerksam zu machen. Viele Kreisverbände haben sich daran aktiv beteiligt. Die Kampagne ist nicht beendet. In diesem Jahr sind 3 weitere Touren geplant. Die Termine stehen bereits fest. Die Orte noch nicht ganz.

Wir sind als Partei DIE LINKE entschlossen gegen die Pflegekammer und werden uns aktiv einmischen und die Bewegung gegen die Pflegekammer und die Forderung nach Auflösung

unterstützen.

Die Niedersächsische LINKE fordert Neustart im sozialen Wohnungsbau.

Auch in Niedersachsen können sich viele Menschen das sprichwörtliche Dach über dem Kopf kaum noch leisten. Vielerorts explodieren die Mieten. Rund ein Fünftel aller Haushalte in Niedersachsen muss bereits mehr als 40% des Nettoeinkommens für die Miete bezahlen und 44 % der Haushalte geben noch 30% für die Miete aus. Die LINKE hat im September eine bundesweite Kampagne „Bezahlbare Miete statt fetter Rendite“ gestartet und fordert: Runter mit den Mieten! Mietwucher verbieten! Keine Spekulationen mit Wohnraum, die Immobilienkonzerne gehören in die öffentliche Hand! Daher muss dem Beispiel des Berliner Volksbegehrens „Deutsche Wohnen Enteignen“ gefolgt werden, in dem ähnliche Maßnahmen auf ihre Durchführbarkeit in Niedersachen geprüft und wenn möglich angestoßen werden. Zudem müssen Wohnungen wieder von der öffentlichen Hand gebaut werden. Für die niedersächsische LINKE ist diese Kampagne ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit im laufenden Jahr. Unser Ziel ist, aktive Kreisverbände und Basis-Initiativen zu vernetzen und in der Organisation betroffene Mieter*innen stärken. Wir wollen uns noch stärker als Partner der Mieter*innen verankern.

Um unsere Kampagnenfähigkeit zu verbessern, müssen Themen und Aktionen zwischen Partei-, Landesvorstand und den Kreisverbänden noch besser abgestimmt werden.

Notwendig ist auch eine enge Verzahnung von Aktivitäten der Partei mit der Tätigkeit der 5 Bundestagsabgeordneten und den Ressourcen ihrer Büros. Auch die Zusammenarbeit mit den Kommunalpolitiker*innen muss ausgebaut werden.

Pressearbeit, soziale Medien und Publikationen

Immer wieder wird auf die Bedeutung der Medien und unserer Pressearbeit eingegangen. Es gelingt uns viel zu wenig unsere Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. Dies muss sich unbedingt ändern, denn natürlich werden die Kämpfe vor Ort gewonnen, doch über Gutes, das man tut, muss zumindest in der Politik auch gesprochen, geschrieben und veröffentlicht werden. Es ist uns gelungen, über Facebook bessere Reichweiten zu erzielen, einen regelmäßig erscheinenden Newsletter aufzulegen und fast wöchentlich Pressemitteilungen zu tagesaktuellen Themen herauszugeben. Ziel muss es sein, dass unsere Partei und unsere Positionen auch in den Medien und damit im Alltag der Menschen wahrnehmbar werden. Hierfür müssen wir in unserer Pressearbeit noch professioneller, schneller, diverser radikaler und damit provokanter werden. Dafür müssen im Landesvorstand entsprechende Strukturen nach politischen Fachgebieten geschaffen werden und vorhandene Ressourcen, wie bspw. Landesarbeitsgemeinschaften, genutzt werden. Auch die Kommunikation und Meinungsbildung sowie der Ideen- und Positionsaustausch innerhalb der Partei müssen über soziale Medien hinaus gestärkt werden – eine Chance bietet die neue Mitgliederzeitung, die die Pluralität der Partei aufgreifen und solidarische Diskussionen ermöglichen kann.

Zusammenarbeit mit linksjugend ['solid]/ dielinke.SDS

Zur aktiven Parteientwicklung gehört auch unser Jugendverband, die linksjugend ['solid] sowie der Studierendenverband dielinke.SDS. Der Jungendverband stellt einen wichtigen Ansprechpartner für Jugendliche und junge Erwachsene dar. Gerade in Milieus und Strukturen, die für die Partei anderenfalls schwerlich zu erreichen sind, entfaltet er Bindungskräfte, mehr und mehr junge Menschen kommen über unsere Jugendorganisation mit der Partei in Berührung. Zudem besetzt er besondere Themenfelder, wie z.B. Hochschulpolitik, Antifaschismus oder Drogenpolitik. Die Verbundenheit und Solidarität zwischen Partei und Jugendverband muss daher noch enger werden, in den letzten Monaten haben sich der Austausch und die Organisation gemeinsamer Aktionen bereits verbessert – dies muss weiter vorangebracht werden. Insbesondere der Aufbau des noch jungen Landesverbandes dielinke.SDS Niedersachsen wollen wir tatkräftig unterstützen. Dazu ist ein wechselseitiger kritisch-solidarischer Umgang miteinander notwendig, nur so können wir voneinander lernen.

Landesrat LINKE Frauen

Unsere Landespartei muss ihr feministisches Profil stärken. Dafür bedarf es einer engen Kooperation mit dem Landesrat LINKE Frauen, der sich aus allen weiblichen Mitgliedern des Landesverbandes zusammensetzt und essentieller Teil des feministischen Selbstverständnisses unserer Partei ist. Die frauen- und genderpolitische Arbeit des LLF muss nicht nur nach außen, sondern auch in die Partei hineinwirken. Daher sollen im neuen Landesvorstand quotiert zwei Antidiskriminierungsbeauftragte gewählt werden, die Ansprechpartner*in für alle Mitglieder sind, die sich Diskriminierung - egal ob aufgrund von Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage, sexueller Orientierung, körperlicher Einschränkung, Alter oder anderen Faktoren - ausgesetzt sehen. Ähnliche Strukturen sollen langfristig auch in den Kreisverbänden entstehen. Feministische Positionen müssen bei allen Aktionen und Orten der Partei mitgedacht werden, diese Verantwortung betrifft uns als gesamte Partei.

Landesarbeitsgemeinschaften

Unsere Landesarbeitsgemeinschaften sind wichtige Instrumente für die Integration von aktiven Mitgliedern und Sympathisant*innen, für die Verankerung in der Gesellschaft und für die inhaltliche und politische Weiterentwicklung unserer Partei. Die erfolgreiche Aktivierung der Landesarbeitsgemeinschaften und die Unterstützung bei ihrer Arbeit muss fortgesetzt werden. Durch eine bessere Einbeziehung aller genannten Strukturen kann unsere Partei nur profitieren und wachsen.

Politische Bildung

Die politische Bildungsarbeit wollen wir weiter ausbauen. Wir brauchen mehr politische Bildung, um unsere Mitglieder und Funktionsträger*innen zu qualifizieren. Ein guter Weg wurde mit den Grundlagenseminaren beschritten. Künftig müssen wir die Arbeit mit den Kreisvorstandsmitgliedern intensivieren, die spezifische Aufgaben erfüllen (Geschäftsführung, Mitgliederbetreuung, Kampagnen etc.), um deren Arbeit vor Ort zu stärken und deren Anregungen und Erfahrungen aufzunehmen. Ebenso braucht es einen regelmäßigen Austausch zwischen Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaften und der Partei.

Rolle des Landesvorstands

Auf dem letzten Parteitag haben wir unsere Satzung geändert und den Landesvorstand um stellvertretende Vorsitzende ergänzt, um die politische und administrative Arbeit im geschäftsführenden Landesvorstand auf mehr Schultern zu verteilen. Um unsere Strukturen noch effektiver und arbeitsfähiger zu gestalten, ist darüber hinaus eine hauptamtliche Landesgeschäftsführung beschlossen worden und nun einzurichten. Doch das allein wird nicht reichen. Nach dem schmerzhaften Verlust unserer Landtagsfraktion im Jahr 2013 und dem denkbar

knapp verpassten Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag im Jahr 2017 ist es Aufgabe des Landesvorstands, die fehlende Fraktion zu ersetzen und deren Themenbereiche in großen Teilen abzudecken. Hierfür muss es dem Landesvorstand mehr als bisher gelingen, jedes seiner Mitglieder in die Arbeit einzubinden, fachpolitische Themenfelder zu besetzen und kompetent zu bearbeiten. Jeder Person, die bereit ist im Landesvorstand mitzuarbeiten, muss bewusst sein, dass es mehr als genug Arbeit gibt und jede und jeder seinen Teil dazu beitragen muss, dass wir die LINKE in Niedersachsen stärken. Wir müssen gemeinsam kämpfen, leider auch im Dschungel aus Bürokratie und Organisation. Es muss dabei jedoch betont werden, dass es sich hier um eine (zusätzliche) ehrenamtliche Tätigkeit handelt, die jede und jeder nur nach bestem Wissen und Gewissen ausfüllen kann. Jede und jeder mit Enthusiasmus und neuen Ideen, mit ihrer bzw. seiner Kraft und Motivation ist willkommen, muss aber kontinuierlich ihren bzw. seinen Teil dazu beitragen, „dass der Laden läuft“ und unsere Mitglieder motivieren, selbst vor Ort aktiv zu werden bzw. zu bleiben.

Den Blick nach vorne richten: kommende Herausforderungen meistern

Wir wollen im Jahr 2022 mit einer starken, bunten und angriffslustigen Partei in den Landtag einziehen. Dafür müssen wir in den kommen Jahren die Grundlage legen. Denn Wahlen werden nicht nur in Wahlkämpfen gewonnen oder verloren. Es kommt auf unsere tägliche politische Arbeit in den unterschiedlichen Auseinandersetzungen genauso an, wie darauf, uns als Organisation weiter zu entwickeln, uns mit verschiedenen außerparlamentarischen Akteur*innen zu vernetzen und die Zusammenarbeit zu suchen und unseren Genoss*innen (Mitgliedern) den Rücken zu stärken, sie inhaltlich weiter zu bilden und ihnen Raum zur Entfaltung zu bieten.

Die erste Hälfte des Jahres 2019 wird durch die Europawahl geprägt sein. Wir werden diese Wahl nutzen, unser systemkritisches Profil zu schärfen und deutlich zu machen, dass wir ein anderes Europa wollen, das nicht wie bisher allein von den Interessen des Großkapitals bestimmt ist, ein Europa ohne Aufrüstung und Militarisierung, für sozialen Ausgleich und mit verbindlichen sozialen und ökologischen Mindeststandards. Statt neoliberaler Wirtschaftspolitik und Austerität mehr Rechte für die Beschäftigten und alle sozial Benachteiligten. Statt Überwachungsstaat wollen wir eine Demokratisierung der Institutionen der EU.

Wir werden im Europawahlkampf alles daransetzen, in Niedersachsen ein starkes Ergebnis für DIE LINKE einzufahren. Die Kreisverbände sind in besonderer Weise dazu aufgerufen, die Neumitglieder im Wahlkampf „an die Hand zu nehmen“. Der Erfolg unseres Wahlkampfes wird sich nicht nur am Ergebnis bemessen, sondern auch daran, wie gut es uns als Gesamtpartei gelungen ist, neue und alte Mitglieder für den Wahlkampf zu (re-)aktivieren und ihre Kraft und Kreativität einzubeziehen. Mit unserer Wahlkampf- und Kulturkommission haben wir bereits einen wichtigen Schritt unternommen, um die Basis in diesen Wahlkampf einzubinden – sei es durch das Europaforum Ende Januar oder die

permanente Begleitung des gesamten Prozesses durch die Mitglieder der Kommission, in der auch Vertreterinnen und Vertreter unserer Strukturen, wie der linksjugend [solid] oder des Landesrats LINKE Frauen.

Ein Meilenstein auf unserem Weg zurück in den Landtag werden die Kommunalwahlen 2021. Deshalb muss DIE LINKE Niedersachsen rechtzeitig mit der inhaltlichen Vorbereitung der Kommunalwahlen 2021 beginnen. Dies wird eine der anstehenden Aufgaben, denen sich der neu gewählte Landesvorstand widmen muss. Um unser kommunalpolitisches Profil zu schärfen und das inhaltliche Fundament für einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf zu legen, brauchen wir in den nächsten zwei Jahren einen qualifizierten Diskussionsprozess als Gesamtpartei, bei dem insbesondere die bisherigen Kommunalpolitiker*innen mit ihrer Erfahrung und Expertise einbezogen werden sollen. Wir wollen dabei die bisherige kommunalpolitische Arbeit, Arbeitsschwerpunkte des Landesverbands und einen kritischen Blick auf die Lage der Kommunen und des Landes zu einem starken kommunalpolitischen Profil mit erkennbaren Themenlinien verdichten. Wir werden diesen Prozess mit geeigneten Veranstaltungsformaten offen und partizipativ gestalten, und laden insbesondere weitere Parteistrukturen (Kreisverbände, Landesarbeitsgemeinschaften), aber auch neue und bisher nicht-aktive Parteimitglieder ein, sich darin aktiv einzubringen. Seine inhaltlich-organisatorische Ausgestaltung ist ein wichtiger Arbeitsauftrag für den neuen Landesvorstand – damit die Verankerung der LINKEN Niedersachsen als Stimme der sozialen Vernunft in Niedersachsen in der Fläche gestärkt und ausgebaut wird.

Wenn wir so einen Fahrplan bis zum Jahr 2022 in den Blick nehmen, heißt das nicht, dass wir unsere Parteiarbeit auf die Vorbereitung von Wahlkämpfen verengen. Es geht vielmehr um eine starke LINKE, die in täglichen Auseinandersetzungen, im Kleinen wir im Großen präsent ist – und sich dabei ein offenes Ohr für das gesellschaftliche Unten stets bewahrt. DIE LINKE Niedersachsen bleibt die Stimme der sozialen Vernunft, als Mittelfinger an die Herrschenden, als Motor für soziale Veränderungen, als Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Eine andere Welt ist möglich

Grenzenloses Profitstreben, Armut und Kriege: Der Kapitalismus ist die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Damit wollen wir uns nicht abfinden. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und nicht das Streben nach Profit im Mittelpunkt steht.

Organisatorische Hinweise

für die 1. Tagung des 7. Landesparteitages
am Samstag 02. März 2019 und Sonntag, 3. März 2019
in Hannover, Leonore-Goldschmidt-Schule, IGS Mühlenberg

Anträge

Die Antragsfrist endet am **Freitag, 1. Februar 2019.** Die Antragsfrist für Anträge von besonderer Bedeutung (insbesondere Satzungsanträge) endet bereits **am Freitag, 18. Januar 2019.** Mögliche Satzungsänderungsanträge werden auf unserer Internetseite veröffentlicht. Wir bitten Änderungsanträge zum Leitantrag auch **bis Donnerstag, 7. Februar 2019,** einzureichen, da der Landesvorstand am Samstag, 9. Februar 2019, tagt und dann über die Übernahme von Änderungsanträgen beraten wird.

Bitte sendet die Anträge ausschließlich an folgende E-Mail-Adresse: **antraege-lpt@dielinke-nds.de** Wir bitten, ausschließlich **Word-Dateien** zu senden, da diese sich einfacher verarbeiten lassen. Solltet Ihr über keine E-Mail-Adresse verfügen, ist es auch möglich, die Anträge per Post an das Landesbüro DIE LINKE. Niedersachsen, Goseriede 8, 30159 Hannover zu schicken.

Wahlen

Auf dem Landesparteitag werden der Landesvorstand, die Landesschiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission neu gewählt.

Bewerbungen, die uns bis Sonntag, 10. Februar 2019, schriftlich vorliegen (1 Din-A-4 Seite), werden im Antragsheft 2 veröffentlicht.

Wir weisen Euch darauf hin, dass wir von Kandidat*innen, die auf dem Landesparteitag nicht persönlich anwesend sind, eine schriftliche (auch elektronische) Einverständniserklärung benötigen (§ 7 Absatz 3 Wahlordnung). Liegt diese nicht vor, kann keine Wahl erfolgen.

Landesgeschäftsführung

Verfahren zur Wahl einer hauptamtlichen Landesgeschäftsführung der Partei DIE LINKE. Niedersachsen
(Beschluss des Landesausschusses am 15. Dezember 2019)

Gemäß § 6 Nr. 2e unserer Landessatzung wählt der Landesparteitag eine Landesgeschäftsführerin bzw. einen Landesgeschäftsführer. Die Neuwahl des gesamten Landesvorstandes ist für den 2. März und 3. März 2019 terminiert.

Die Landesgeschäftsführung erfolgte in den letzten beiden Vorstandsperioden ausschließlich ehrenamtlich. In nahezu allen Landesverbänden DER LINKEN, zumindest aber in allen Flächenländern, ist die Landesgeschäftsführung mit einer hauptamtlich beschäftigten Person besetzt. Dies soll nach Intention des Landesvorstandes zukünftig auch im LINKEN Landesverband Niedersachsen so gehandhabt werden, um den Personenkreis für diese Stelle nicht auf Rentner*innen, Studierende oder Erwerbslose einzuschränken.

An die Funktion der Geschäftsführung sind umfangreiche politische, administrative sowie organisatorische Anforderungen geknüpft, ohne deren kompetente Beherrschung die Leitung der Landesgeschäftsstelle sowie die Außenvertretung als Landesgeschäftsführer*in nicht gewährleistet werden kann.

Der Landesvorstand hat daher beschlossen, dass durch eine kleine Auswahlkommission des geschäftsführenden Landesvorstandes die Kandidat*innen für die Landesgeschäftsführung zu überprüfen und zu bewerten sind.

Lt. Satzung kann jedes LINKE Mitglied sich um die Funktion der Geschäftsführung bewerben, unabhängig von ihrer/seiner Qualifikation. Gleichwohl behält sich der geschäftsführende Landesvorstand die Option offen, gegenüber dem Landesparteitag mitzuteilen,

- ob sich die jeweilige Person an dem Auswahlgespräch beteiligt hat und
- ob sie nach Auffassung des geschäftsführenden Vorstandes die für die Landesgeschäftsführung notwendigen Kompetenzen und Erfahrungen aufweist.

Sa., 15.12.2018	Beschluss des Landesausschusses zu diesem Vorschlag
Fr., 04.01.2019	Beschluss im geschäftsführenden Landesvorstandes über das Ausschreibungsprofil
Sa., 12.01.2019	Beratung im Landesvorstand und ggf. Ergänzung des Ausschreibungsprofils
Mo., 14.01.2019	Veröffentlichung des Ausschreibungstextes über die LINKEN Verteiler mit Hinweis, dass die Auswahlgespräche voraussichtlich im Zeitraum vom Do, 08.02.2019 bis Di., 12.02.2019 stattfinden
Do. , 31.01.2019	Bewerbungsschluss für das Auswahlverfahren

	Sichtung der eingegangenen Bewerbungen durch den geschäftsführenden LaVo und Einladung zu Bewerber*innengesprächen
Fr., 08.02.2019	Auswahlgespräche
bis Di., 12.02.2019	
Mi., 13.02.2019	Veröffentlichung der Bewerbungen im Antragsheft 2

Ausschreibung für ein Auswahlverfahren

Wir suchen am Dienstort Hannover in unserer LINKEN Landesgeschäftsstelle für die Legislaturperiode des 7. Landesparteitags - befristet bis März 2021 - eine/n

Landesgeschäftsführer*in

in Teilzeit (28,5 Wochenstunden). Die Wahl des/der Landesgeschäftsführer*in erfolgt durch den Landesparteitag am 02./03. März 2019 in Hannover.

Zu den Aufgaben der Landesgeschäftsführers/Landesgeschäftsführerin gehören u.a.:
- die Koordination der Arbeiten in der Landesgeschäftsstelle;
- Personalverantwortung gegenüber Verwaltungsangestellten
- die Erarbeitung von Analysen, Positionsbestimmungen, Stellungnahmen und Konzepten zu Fragen der Entwicklung der Landespartei;
- die Verantwortung für die Website und Pressearbeit des Landesverbandes einschließlich der Erstellung von Pressemitteilungen;
- die Vor- und Nachbereitung von und Teilnahme an Sitzungen des Landesvorstandes;
- vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Landesvorsitzenden/dem Landesvorstand;
- Ansprechpartner*in für und Zusammenarbeit mit Kreisverbänden sowie Kontakt/Zusammenarbeit mit den Zusammenschlüssen der Partei und der Schiedskommission
- die Organisation, Ausrichtung sowie inhaltliche Vorbereitung und Auswertung von Parteitagen, Landesausschüssen und weiteren Veranstaltungen der Partei;
- Koordination von Wahlkampfaktivitäten (im Wahlkampfteam) und Kampagnen
- Zusammenarbeit mit Kolleg*innen aus anderen Landesverbänden sowie mit unserer Landesgruppe in der Bundestagsfraktion;
- Mitarbeit in Bund-Länder-Gremien unserer Partei wie z.B. regelmäßige Landesgeschäftsführer*innentreffen
- die Kontaktpflege, Kommunikation und Kooperation mit außerparlamentarischen Partner*innen.

Von der/den Bewerber*innen erwarten wir:
- Mitgliedschaft in der Partei Die LINKE.;
- Erfahrung mit Gremienarbeit und Organisation und Durchführung von Wahlkämpfen;
- selbstständige Arbeitsweise und Belastbarkeit
- Bereitschaft zur vertrauensvollen Personalführung;
- die Fähigkeit zu analytischer und konzeptioneller Arbeit;
- sicherer Umgang mit modernen Kommunikationstechniken;
- hohe soziale Kompetenz, kommunikations- und Teamfähigkeit;
- Fähigkeit zur Integration/Mediation bei innerparteilichen Konflikten
- die Bereitschaft und Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln mit außerparlamentarischen Bewegungen;
- hohe Eigenmotivation, Eigeninitiative und Eigenverantwortung;
- die Bereitschaft zu flexibler Arbeitszeitgestaltung, insbesondere zur häufigen Wahrnehmung von Wochenendterminen für den Landesverband

Eine Identifikation mit den politischen Zielen der Partei DIE LINKE. wird vorausgesetzt.

Geboten werden:
- ein für die Dauer der Legislaturperiode des 7. Landesparteitags (bis März 2021) befristetes Beschäftigungsverhältnis;
- eine Teilzeitstelle mit regelmäßiger Wochenarbeitszeit von 28,5 Stunden;
- Vergütung nach dem Haustarifvertrag der Partei DIE LINKE, Entgeltgruppe 6

Der Landesverband DIE LINKE. Niedersachsen fördert aktiv die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und ist bestrebt, den Frauenanteil in Funktionsebenen, in denen diese unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. Des Weiteren möchte der Landesverband DIE LINKE. Niedersachsen Interessent*innen mit Migrationshintergrund besonders zur Bewerbung ermutigen.

Der Landesverband DIE LINKE. Niedersachsen sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet und begrüßt deshalb deren Bewerbung.

Dieses Auswahlverfahren dient der Vorbereitung der ordnungsgemäßen Wahl einer Landesgeschäftsführung gemäß der Satzung des Landesverbandes DIE LINKE. Niedersachsen durch den Landesparteitag.

Deine/Ihre aussagekräftige Bewerbung richte/richten Du/Sie per E-Mail bis **spätestens zum 31.01.2019** an:

landesbuero@dielinke-nds.de
DIE LINKE. Niedersachsen
Goseriede 8
30159 Hannover

Für Rückfragen: DIE LINKE.Niedersachsen, Dr. Michael Braedt, Landesgeschäftsführer
Goseriede 8, 30159 Hannover,
Tel. 0511 9245910 oder: 0171 62 355 28
Michael.Braedt@dielinke-nds.de

Wahl der Landesschiedskommission

In § 2 Absatz 3 der Schiedsordnung der Partei DIE LINKE heißt es:

„Die Mitglieder der Schiedskommission dürfen nicht Mitglied des Parteivorstandes, oder eines Landes- oder Kreisvorstand sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder eines Gebietsverbandes stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen.

Wahl der Landesfinanzrevisionskommission

In § 27 Absatz 2 Bundessatzung ist geregelt:

„Mitglieder von Vorständen, des Bundesausschusses oder ähnlicher Parteiausschüsse in Landes- und Kreisverbänden, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger derselben Ebene wie die entsprechende Kommission, Angestellte der Partei oder mit ihr verbundenen Unternehmen bzw. Institutionen sowie Mitglieder, die auf andere Weise regelmäßige Einkünfte von der Partei beziehen, können nicht Mitglieder der Finanzrevisionskommissionen sein.“

Verhinderung

Solltest Du am Landesparteitag verhindert sein, bitten wir Dich, dieses in der Landesgeschäftsstelle anzuzeigen und die **Unterlagen an Deinen Kreisvorstand** weiterzugeben, damit dieser sie an die Ersatzdelegierten weitergeben kann.

Fahrtkosten

Gemäß Finanzplan 2019 tragen die Kreisverbände die Fahrtkosten. Wenn Ihr Fahrtkosten erstattet haben möchtet, wendet Euch bitte an Euren Kreisverband.

Übernachtungen

Der Landesverband hat Hotelzimmer für die Nacht vom 2./3. März 2019 für Delegierte reserviert. Aus organisatorischen Gründen soll die Buchung diesmal über die Kreisvorstände erfolgen. Delegierte werden gebeten, nicht selbst im Landesbüro Zimmer zu reservieren, sondern sich an ihre jeweiligen Kreisvorstände zu wenden. Die Kreisvorstände sind gebeten, uns bis spätestens Sonntag, 27. Januar 2019, die Zahl der gewünschten Einzel- und Doppelzimmer mitzuteilen. Der Landesverband übernimmt keine Kosten für selbstgebuchte Zimmer.

Der selbstzuzahlende Einzelzimmerzuschlag beträgt 25,00 Euro pro Person. Der Einzelzimmerzuschlag wird an die Delegierten berechnet. Einzelzimmer werden nur vergeben, solange sie verfügbar sind.

Barrierefreiheit

Der Veranstaltungsraum ist barrierefrei.

Kinderbetreuung

Der Landesverband bietet bei Bedarf eine Kinderbetreuung an. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um die Anmeldung **bis spätestens Sonntag, 24. Februar 2019,** an folgende E-Mail-Adresse: **landesbuero@dielinke-nds.de**. Bitte gebt bei der Anmeldung das Alter der Kinder und Eure Telefonnummer (nach Möglichkeit Handy-Nummer) an.

Infotische

Aus organisatorischen Gründen bitten wir, die Infotische bis **Sonntag, 24. Februar 2019**, an **landesbuero@dielinke-nds.de** anzumelden.

Vorschlag für eine Geschäftsordnung für den 7. Landesparteitag

I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse

(1) Der Parteitag wählt die Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:
* das Tagungspräsidium,
* die Mandatsprüfungskommission,
* die Antragskommission
* die Wahl- und Zählkommission.

(2) Die Arbeit des Landesparteitages wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.
(3) Geschäftsordnung und Tagesordnung werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

II. Beschlussfassung allgemein

(4) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist.
(5) Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben Rederecht.
Gästen des Landesparteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
(6) Beschlüsse des Landesparteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung, die Landessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben. Die Satzung ist mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen zu verabschieden. Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten.
Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler*innen ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

III. Regeln in der Debatte

(7) Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Die Redezeit beträgt 3 Minuten. Über Abweichungen beschließt der Parteitag am Beginn eines Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums oder auf Antrag von zehn Delegierten aus drei Kreisverbänden.
(8) Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Kreisverband bzw. Zusammenschluss anzugeben.
Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner.
Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht

möglich.
(9) Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

IV. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

(10) Antragsteller/-innen haben das Recht, Anträge vor dem Plenum zu begründen.
(11) Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten des Parteitages gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte oder ein Delegierter zunächst gegen den Antrag und hiernach dafür das Wort.
(12) Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.
(13) Fristgemäß eingereichte Anträge, welche Kreis- und Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, Organen der Partei, Kommissionen des Landesparteitages oder mindestens von 20 Delegierten gestellt werden, sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Parteivorstand bzw. den Landesausschuss zu überweisen; die Antragskommission empfiehlt dem Parteitag die Behandlung im Plenum oder die Überweisung. Fristgemäß eingereichte Anträge, die diese Kriterien nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der Antragskommission vom Parteitag behandelt oder an den Landesvorstand überwiesen.
(14) Dringlichkeits- oder Initiativanträge können in den Landesparteitag eingebracht werden, wenn mindestens 20 Delegierte einen solchen Antrag unterstützen.
Unter Beachtung dieser Prämisse empfiehlt die Antragskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung.
(15) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge und sind schriftlich an die Antragskommission einzureichen. Der/die Antragsteller/in kann die Übernahme von Änderungsanträgen erklären.
(16) Die Antragskommission kann hinsichtlich einer möglichen weiteren Behandlung von Anträgen Überweisungsempfehlungen aussprechen.
(17) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzurufen sind.
(18) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerden zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.